

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 41 (1947)
Heft: 10

Artikel: Weltrundschau : gefährdete Europahilfe ; Der Kampf in der UNO ; Der Feind steht rechts! ; Zweiteilung der Welt? ; Der Gegensatz im Sozialismus ; Westeuropa ; Der Balkan ; Ostasien ; Das Problem Englands ; Gemeinsamer Untergang?

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-138989>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

K. R. Popper, *The open society and its enemies*,
Vol. I. *The Age of Plato*.

Es ist ein gelehrtes, aber höchst lebendiges Werk, das sich mit Geistern der Vergangenheit, mit Plato, Aristoteles und im zweiten Band mit Hegel und Marx beschäftigt, dabei aber höchst aktuell, gegenwartsnah und in die Zukunft weisend ist und in geistvoller, überlegener und mutiger Weise den Kampf kämpft, der für die Menschheit von heute und morgen entscheidend sein wird. P. J.

Weltrundschau

Gefährdete Europahilfe Während die wirtschaftlichen Fragen, die für unsere letzte Rundschau im Vordergrund standen, ihre volle Bedeutung für die Welt behalten, sind es diesmal scheinbar die politischen Probleme, die die Aufmerksamkeit des Beobachters vor allem fesseln. Scheinbar; denn politische Probleme sind ja oft nur verkleidete wirtschaftliche und soziale Probleme, so wie anderseits wirtschaftliche Fragen häufig durch politische Einflüsse verwirrt und erschwert werden. Das gilt gerade jetzt insbesondere vom sogenannten *Marshallplan* und seiner Ausführung oder Nichtausführung. Der mit etwelcher Verspätung der amerikanischen Regierung überreichte Bericht der Pariser Studienkonferenz rechnet mit einem Fehlbetrag der westeuropäischen Zahlungsbilanz gegenüber Nord- und Südamerika von netto 19,3 Milliarden Dollar. Dieses Defizit hätten die Vereinigten Staaten zu decken unter der Voraussetzung, daß Westeuropa die äußersten Anstrengungen mache, um bis 1951 wirtschaftlich wieder auf eigenen Beinen stehen zu können. Und der Bericht entwickelt nun für solche Selbsthilfe einen umfassenden Gesamtplan, der bedeutende Produktionssteigerungen, den Ausbau des Verkehrswesens, Währungsreformen, den Abbau der Handels- und Wanderungsbeschränkungen und ähnliche Sanierungsmaßnahmen vorsieht.

Nicht mehr als 13 Kommissionen sind gegenwärtig in Washington damit beschäftigt, diesen Plan nach allen Kanten durchzuprüfen. Und je länger geprüft wird, desto weniger scheint davon übrig zu bleiben. So stark schon in Paris die Ansprüche an Amerika heruntergedrückt worden sind, und so zweifelhaft eine Reihe von allzu optimistischen Voraussetzungen ist, auf deren Eintreffen der Wiederaufbauplan rechnet, so findet man in den Vereinigten Staaten dennoch, Europa könne *mehr* und Amerika solle *weniger* leisten, als der Bericht der «16 Bettlernationen» annimmt, und die abgebrühtesten Politiker wollen sogar festgestellt haben, daß sich die Not in Europa seit dem Frühjahr

eigentlich nicht weiter verschärft habe. Dies zur gleichen Zeit, da Sir John Boyd-Orr, der Leiter der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, warnt: «Die Zahl der Menschen in Europa und Asien, die in den nächsten zwölf Monaten direkt oder indirekt wegen des Lebensmittelmangels sterben werden, ist größer als die Zahl der Menschen, die in irgendeinem Kriegsjahr bei den Kämpfen umgekommen sind.»

Dazu kommt, daß man in den Vereinigten Staaten die anhaltenden Preissteigerungen vor allem auf Rechnung der Europahilfe setzt; welche Partei aber – im nächsten Jahr sind ja die großen Wahlen – möchte vor dem Lande die Verantwortung für eine weitere Verschärfung der Teuerung übernehmen? Und schließlich soll der Marshallplan, neben den andern Zielen, die er verfolgt, doch das System des «freien Unternehmertums», also der kapitalistischen Wirtschaft, vor neuen Erschütterungen bewahren und die sozialistisch-kommunistische Gefahr abwehren helfen¹. Ist er aber – so fragt man sich in Amerika – eigentlich nicht umgekehrt der Anfang einer westeuropäischen Planwirtschaft von ausgesprochen *sozialistischer* Prägung?

Präsident Truman und seine Berater suchen sich jetzt aus all diesen Verlegenheiten zu ziehen, indem sie es vorläufig vermeiden wollen, die Bundesversammlung vor die Entscheidung über einen *Gesamtplan* für die Europahilfe zu stellen, und, neben der Empfehlung einer allerdings sehr fragwürdigen freiwilligen Einschränkung des Lebensmittelverbrauches in den Vereinigten Staaten, zunächst nur eine *Teilhilfe* an diejenigen Länder ins Auge fassen, die als vom Kommunismus besonders bedroht erachtet werden, vor allem an Frankreich, Italien und Österreich. Aber die Möglichkeit ist nicht gering, daß auf diese Weise nicht bloß die *Teilhilfe* für Europa den erstrebten Zweck verfehlt, sondern daß auch der Marshallplan als Ganzes zerbröckelt und zu spät kommt, um das sich immer mehr dem Sozialismus zukehrende Europa für den Kapitalismus zu retten, so daß dann einfach die gute, alte Trumandoktrin übrig bliebe, die Amerikas Wirtschafts- und Militärmacht in «direkter Aktion» jeweilen dort eingesetzt wissen will, wo die revolutionäre Gefahr gerade am brennendsten scheint.

Der Kampf in der UNO Die amerikanischen Europapläne verbinden sich damit sehr direkt mit der «aggressiven Strategie», die unter der Führung von General Marshall die amerikanische Diplomatie an der gegenwärtigen Tagung der Ver-

¹ Ein Pariser Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» schreibt im Hinblick auf das mögliche Schicksal des Marshallplanes sorgenvoll: «Der Ernst der Stunde darf nicht verkannt werden. Der Weiterbestand unseres auf internationaler Arbeitsteilung und Warenaustausch sich aufbauenden Wirtschaftssystems ist in Frage gestellt... Wird es gelingen, dieses Wirtschaftssystem vor dem drohenden Untergang noch in zwölfter Stunde zu retten?»

einten Nationen in Flushing vor Neuyork betreibt. Amerika geht mit seinen Anträgen auf Schaffung einer ständigen Kommission der Versammlung, die neben den Sicherheitsrat treten soll, und auf Einschränkung des Vetorechts, wie mit seinen Vorstößen in der Balkan-, in der Korea-, in der Atomkraftfrage usw. offenkundig darauf aus, die Sowjetunion mindestens innerhalb der Vereinten Nationen mattzusetzen und zu isolieren und die UNO konsequent zum Werkzeug einer Pax Americana, einer den amerikanischen Macht- und Geldinteressen dienenden Weltordnung, zu machen. Rußland andererseits führt seine Gegenoffensive mit scharfen Anklagen gegen die amerikanischen Kriegstreiber¹, mit dem unterschiedslosen Gebrauch des Vetorechts, mit Drohungen und mit Obstruktionsmanövern, so daß die Organisation der Vereinten Nationen geradezu lahmgelegt, wenn nicht gar gesprengt zu werden droht, sofern dieses ganze Spiel noch lange fortgesetzt wird. Ob wohl der UNO-Wolkenkratzer, der jetzt in Neuyork gebaut wird, dem gleichen melancholischen Schicksal verfallen wird – vielleicht noch bevor er fertiggestellt ist – wie der Völkerbundspalast in Genf?

Natürlich ist durch bloße Änderung der Verfassung der Vereinten Nationen nichts Entscheidendes zu erreichen; die äußern *Krankheitserscheinungen*, an denen jetzt herumkuriert wird, werden hingegen ganz von selbst weichen, wenn das Übel an seinem Sitz gepackt und der für jede Völkerrechtsordnung tödliche Gegensatz überwunden wird, der die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion trennt und die letztere hindert, sich Mehrheitsbeschlüssen einer Weltorganisation zu fügen, die von Amerika und seinen Gefolgsstaaten beherrscht wird. Der «New Statesman» kennzeichnet die Lage nicht schlecht, wenn er schreibt:

«Wäre Marshall ganz offen, so hätte er, wie wir annehmen, gesagt, daß Amerika den Kommunismus überall und auf jegliche Art zu bekämpfen gedenke; daß sein Plan sei, alle kleineren Mächte unter amerikanischem Machtschutz in einen sowjetfeindlichen Bund hineinzubringen; daß er als nächsten Schritt ins Auge fasse, das

¹ Der Vorsigende der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Abgeordnetenhauses, Eaton, schrieb seinerzeit im «American Magazine»: «Wir können Rußland jetzt noch psychologisch blockieren. Sollten wir damit keinen Erfolg haben, so müssen wir es mit Waffengewalt zerschlagen.» Und Mr. Jordan, der Präsident der amerikanischen Industriekonferenz, erklärte: «Die Vereinigten Staaten müssen viele Atombomben erzeugen und sie rasch abwerfen, unabhängig davon, ob man annehmen kann, daß das betreffende Land Waffen herstellt.» Es ist mir nicht bekannt, daß in der Sowjetunion jemals ähnliche kriegshetzerische Äußerungen gefallen wären. Der «Landschäftler» in Liestal bemerkt denn auch mit Recht: «Der ausgesprochen brutale Zynismus und die Leichtigkeit oder gar Selbstverständlichkeit, die aus den oben zitierten Erklärungen spricht, sind für die Mentalität der amerikanischen Oberschicht bezeichnend. Man spielt mit der Möglichkeit eines Krieges wie mit einem Feuerchen, das man recht gerne zu einem Brand entfachen möchte. Denn der letzte Weltkrieg war für die Geschäftswelt der Vereinigten Staaten von Amerika – das muß man sich bei diesen Erklärungen stets vor Augen halten – ein verdammt fettes Geschäft, wenn nicht das fetteste seit dem Ende des ersten Weltkrieges überhaupt.»

Sowjetveto durch Schaffung einer ständigen Kommission der Versammlung zu umgehen, um die Sowjetunion so zu zwingen, isoliert entweder aus den Vereinten Nationen auszutreten oder das Spiel verlorenzugeben und in eine Änderung der UNO-Satzung zu willigen, die ihm die Vetowaffe aus der Hand schlägt. Da sich die Sowjetunion nach der Berechnung amerikanischer Sachverständiger vom letzten Krieg zum mindesten in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren nicht erholen wird, so könnte jetzt eine entschlossene Offensive gegen die Sowjets Zeit haben, Rußland endgültig vom Krieg abzuschrecken oder aber im andern Falle es zu besiegen, wenn der Krieg schließlich doch ausbrechen sollte. In diesem Sinne, so könnte Marshall beifügen, sucht Amerika einen wirtschaftlichen Zusammenbruch Europas, der die Ausbreitung des Kommunismus fördern würde, zu verhindern. Durch den Neuaufbau Westeuropas auf kapitalistischer und amerikafreundlicher Grundlage hofft es einerseits die Wirtschaft der Vereinigten Staaten zu retten, indem es einen Absatzmarkt für amerikanische Waren schafft, und andererseits durch Wiederingangsetzung der Schwerindustrie in der Ruhr und im Rheinland fünftausend Kilometer von Manhattan entfernt einen starken Stützpunkt für den Kampf gegen die Sowjetunion zu schaffen.

Wyschinski würde, wenn er sich ebenso frei ausspräche, darlegen, daß die Sowjetunion wegen ihrer gegenwärtigen Schwäche mehr darauf aus sei, einen Krieg zu vermeiden, als die Vereinigten Staaten, aber ihn gleichfalls zur Verstärkung ihrer Bündnisse und Verzicht auf Beschwichtigung ihrer Gegner verhindern zu können glaube. Die Sowjetpolitik beruht wie die amerikanische nicht auf Eroberung, sondern auf Durchdringung. Für Amerika bedeutet Durchdringung den Sieg der amerikanischen Lebensform durch Dollareinsatz; für die Sowjetunion heißt Durchdringung: Sieg des Kommunismus, wenn der Zusammenbruch der Dollarwirtschaft eine revolutionäre Gefühlslage erzeugt. So muß die Politik Rußlands darin bestehen, strategische Stellungen an seinen Grenzen zu behaupten, in den Nachbarstaaten gefügige Regierungen aufrechtzuerhalten und so bald wie möglich eine starke Sowjetföderation zu schaffen, die der Durchdringung mit Dollars widerstehen und nötigenfalls auch im Krieg zusammenhalten kann.»

Der Feind steht rechts! Was steht nun aber im letzten Grunde hinter dem Gegensatz Amerika–Rußland? Die landläufige, besonders von der bürgerlichen Welt und von der römischen Kirche propagierte Meinung ist bekanntlich die, es handle sich hier um einen Entscheidungskampf zwischen Gut und Böse, zwischen Freiheit und Knechtschaft, Recht und Gewalt, Friedens- und Kriegsgeist, Christuskräften und Höllenmächten. Die Leser wissen, daß ich diese populäre Meinung für falsch halte. Ich lehne zwar, wie alle andern Freunde, die auf dem gleichen Boden stehen, das Totalitäre, Freiheits- und Menschlichkeitsfeindliche im Kommunismus, das ich keinen Augenblick leugne, völlig klar ab, und zwar gerade von einer Lebensanschauung her, welche die Herrschaft der Gottes- und Christuskräfte auf unserer Erde aufgerichtet wissen will. Aber wir weigern uns des bestimmtesten, die dämonischen und satanischen Gegenkräfte vor allem im Sowjetkommunismus verkörpert zu sehen. Wir lehnen es ab, den Kampf gegen den Kommunismus, als Fortsetzung des Kampfes gegen Nazismus und Faschismus, in den Mittelpunkt der Weltpolitik zu stellen. Wir lassen uns von den Unmenschlichkeiten, die unter der Herrschaft des Kommunismus geschehen, und

erst recht vom Haß gegen den Kommunismus und von der Angst vor ihm, die zuletzt doch immer Besitzangst ist, nicht derart hypnotisieren, daß wir darüber die weit größeren, weit mehr Menschen treffenden und besonders auch für den Weltfrieden weit gefährlicheren Ungerechtigkeiten übersehen, die seit zwei Jahrhunderten unter der Herrschaft des Mammonismus verübt werden, und so das Augenmaß für die *wirkliche* Gruppierung der Kräfte von Gut und Böse in der heutigen Weltlage verlieren. Für uns ist immer noch, ja mehr als je, die *soziale* Frage die Frage Gottes an unser Geschlecht. Für uns ist und bleibt im Mittelpunkt des Kampfes unserer Zeit die Aufgabe, das Reich Mammons zu stürzen; *sein* Wesen und Wirken im Weltgetriebe bloßzulegen, scheint uns unendlich wichtiger als die Denunzierung der «Verbrechen Stalins und seiner Bande» und der kommunistischen Umtriebe in aller Welt, die ja nur auf dem Boden der kapitalistischen und feudalen Gewaltherrschaft und Ausbeutung gedeihen können.

Wir halten es darum namentlich auch für verkehrt, beständig das *Negative*, und nur das Negative, an der Sowjetunion hervorzuheben. Das überlassen wir gerne den Vertretern der alten, bürgerlichen Welt, die im richtigen Gefühl, daß diese Welt am Ende ihrer Zeit angelangt ist, einen letzten, gewaltigen Versuch machen, durch Entfaltung eines Weltkreuzzuges gegen den Bolschewismus ihre Besitzordnung und Machtstellung, so es möglich wäre, dennoch zu retten¹. Wir halten dafür, daß es mindestens nicht die Aufgabe von Sozialisten sein kann, in das «Haltet-den-Dieb!»-Geschrei einzustimmen, das jetzt, zur Ablenkung der Gewissen vom Kampf gegen den *wirklichen* Hauptfeind, durch die Lande gellt. Dies auch nicht in dem Sinne, daß es jetzt gelte, zunächst einmal den Kommunismus zu erledigen, worauf man dann immer noch und erst mit richtigem Erfolg

¹ Mit was für Mitteln dieser Kreuzzug geführt wird, dafür hat – neben vielen andern, die man anführen könnte – gerade die Berichtszeit zwei ganz bezeichnende Beispiele geliefert. Das eine: In *Frankreich* ist bekanntlich unmittelbar vor den Gemeindewahlen, auf welche die Rechte so große Hoffnungen setzt, eine neue Streikbewegung ausgelöst worden. Natürlich erschienen sofort die Kommunisten und die von ihnen beherrschten Gewerkschaften als die Drahtzieher, obwohl es von seiten der Kommunisten ein völlig unbegreiflicher Fehler gewesen wäre, wenn sie ausgerechnet in diesem Augenblick die Bevölkerung, besonders diejenige von Paris, derart herausgefordert und der Rechten damit freiwillig einen Wahlschlager erster Ordnung verschafft hätten. Das Rätsel löste sich aber, als man, zuerst durch den parteipolitisch neutralen «Combat», erfuhr, daß der Streik bei der Pariser Untergrundbahn tatsächlich von einer *dissidenten* Gewerkschaft provoziert wurde, die unter direktem Einfluß der «Sammlungsbewegung» de Gaulles steht, und deren Sekretär Clément sogar Gemeinderatskandidat dieser Partei ist. Der «geheime Orchesterdirigent» wurde hier einmal offen sichtbar: es war ein richtiger agent provocateur der Reaktion. Daß der (kommunistisch geleitete) Allgemeine Gewerkschaftsbund, nachdem der Streik einmal Tatsache war, auch mitmachen und sogar die Führung der Bewegung übernehmen mußte, war gegeben, heißt aber nicht, daß er der *Urheber* des Streiks war.

Das andere Beispiel: Die Regierung von *Chile* verkündete letzthin aller Welt

an die Verwirklichung des Sozialismus herangehen könne. Wir fürchten sehr, mit einer «Erledigung» des Kommunismus auf die Art, wie das konservativ-kapitalistische Bürgertum sie erstrebt – und eine andere Art von Liquidierung kommt ja tatsächlich gar nicht in Frage, auch wenn man noch so sehr betont, man denke ja nur an geistigen Kampf gegen den Kommunismus – werde gleichzeitig auch der Sozialismus erledigt sein. Und zwar vor allem der demokratische Sozialismus; denn der Kampf der bürgerlichen Welt gegen den Kommunismus gilt ja viel weniger dem Element der Diktatur, das wir im Kommunismus ablehnen, als dem revolutionären Sozialismus, den sie in der Sowjetunion beheimatet sieht, ja dem Gedanken des Sozialismus überhaupt, ist doch in einem bestimmten Sinne der demokratische Sozialismus für die herrschenden Klassen viel gefährlicher als der Kommunismus, den man – vermeintlich – immerhin mit Waffengewalt beseitigen kann, während gegen den auf die Gewalt der Ideen bauenden freiheitlichen Sozialismus nur bessere Ideen helfen².

In diesem Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus greift der Kapitalismus heute wie immer ohne Zögern zu offen demokratiewidrigen Mitteln, sobald ihm das geboten scheint. Er verbündet sich ungescheut über die ganze Welt hin mit allen reaktionären und gegenrevolutionären Kräften und nimmt auch an der Unterstützung halb- und ganzfaschistischer Regierungen – Spanien, Argentinien, Griechenland, die Türkei, China, die Philippinen sind naheliegende Beispiele – keinen Anstoß. Und was man auch immer der Sowjetunion an freiheitsfeindlicher Haltung in ihrem eigenen Machtbereich vorwerfen mag, einer Haltung, die sehr stark aus ihrem Abwehrkampf gegen

die Aufdeckung einer kommunistischen Verschwörung zur Entfaltung von Unruhen und revolutionären Bewegungen in ganz Südamerika. Sie ging dabei so weit, daß sie zwei jugoslawische Diplomaten auswies, die im Auftrage Moskaus einen Bergarbeiterstreik angezettelt und dadurch eine Wirtschaftskatastrophe über das Land zu bringen versucht hätten. Ich weiß nicht, was an dieser Beschuldigung wahr ist; nehmen wir einmal an, sie sei wirklich wahr. Dann ändert das aber nichts an der Tatsache, daß der Bergarbeiterstreik vor allem wirtschaftliche und soziale Ursachen hat, bezahlen doch die Grubenbesitzer ihren Arbeitern wahre Hungerlöhne, die häufig kaum die Hälfte des offiziellen Existenzminimums erreichen. Jugoslawisch-russisch-kommunistische Einflüsse können also, auch wenn sie erwiesen sein sollten, jedenfalls nur eine Nebenrolle beim Streik gespielt haben. Aber wie bequem, die Kommunisten als Hauptakteure zu denunzieren und eine internationale Skandalaffäre aufzuziehen – nur um den Grubenkapitalisten bei der Abwehr gerechter Lohnforderungen der Arbeiter zu helfen!

² Es ist kein Zufall, daß die britischen Konservativen den wahrhaftig nicht von bolschewistischem Geist erfüllten Laboursozialismus mit dem gleichen Haß verfolgen und mit den gleichen Schlagworten bekämpfen wie den Kommunismus; der jüngste konservative Parteitag hat, ganz im Stile eines Hayek und Röpke, geradezu die Losung von der «Befreiung des Landes von der sozialistischen Tyrannei» ausgegeben, wie wenn in England die Gestapo oder die Tscheka herrschte. Wie fanatisch unser schweizerisches Bürgertum auch die Sozialdemokratie angreift und ihr vorwirft, ihre Forderungen gingen auf völlige Verstaatlichung der Wirtschaft und des

kapitalistisch-imperialistische Bedrohung von außen zu erklären ist³: in der übrigen Welt wirkt sie tatsächlich, wenn auch oft mit falschen Mitteln, *gegen* die rückschrittlich-faschistischen Kräfte, wirkt sie namentlich auch als mächtiges Vorbild und stiller Verbündeter aller kolonialen und halbkolonialen Völker, die um ihre politische Freiheit und ihren sozialen Aufstieg ringen.

Auf keinen Fall ist es der westliche Kapitalismus, der auch heute – vor hundert und mehr Jahren war es ja anders – noch immer als Freiheitskraft angesprochen werden könnte, und Nikolaj *Berdiajew* hat recht, wenn er kürzlich (gegenüber einem Vertreter der «Vie protestante») meinte:

«Die Verteidigung der Freiheit im Westen scheint mir falsch. Sie wird zum Kampf gegen die kommunistische Bedrohung. Meine Weltauffassung unterscheidet sich entschieden vom dialektischen Marxismus, doch ist mir die antikommunistische Front sehr unsympathisch. Die, welche die heutige Freiheit verteidigen, wie zum Beispiel die Katholiken, die haben sie in der Vergangenheit niemals richtig geliebt. Die Freiheit kann zum reaktionären Prinzip der Erhaltung (des Bestehenden) werden... Der Liberalismus der vergangenen Jahrhunderte ist vorbei; er ist von nun an ohnmächtig. Und der Individualismus, der einmal revolutionär sein konnte, wandelt sich nun in unfruchtbare Klage um das Vergangene. Vor allem wird der wirtschaftliche Liberalismus zu einer reaktionären Kraft, die nur den im Todeskampf liegenden Kapitalismus stützt. Auch die liberale Demokratie ist zu Ende; man sucht sie noch zu stützen, doch hindert sie die soziale Reform. Die Zukunft gehört der *sozialen Demokratie*.»

Menschen aus, bewegten sich also «auf derselben Linie wie eine rücksichtslose (das heißt kommunistische) Umwälzung» («Neue Zürcher Zeitung» Nr. 2000), dafür hat der nun seinem Ende zugehende Nationalratswahlkampf wiederum Zeugnisse in Hülle und Fülle geliefert. Es ist recht sehr auch der *demokratische Sozialismus*, auf den die herrschenden Klassen mit ihrem Krieg gegen den Kommunismus zielen, nicht bloß der Diktatursozialismus.

Es darf auch einmal daran erinnert werden, daß der Kampf des *italienischen Faschismus* viel weniger dem «revolutionären» Maximalismus als dem sozusagen demokratischen Reformismus galt. «Der rednerische Revolutionarismus der Maximalisten gefährdete nur die Lampen der Straßenbeleuchtung und manchmal die Knochen von einigen Polizeianten, aber der Reformismus mit seinen Kooperativen, seiner Gehaltserhöhung in Krisenzeiten, seiner Arbeitslosenunterstützung bedrohte etwas viel Heiligeres: den kapitalistischen Profit... Gegen den schwätzerischen Maximalismus, der vom Morgen bis zum Abend die ‚Bandiera rossa‘ und die ‚Internationale‘ singt, verteidigt sich der Kapitalismus mit den Gesetzen, und wenn die alten nicht genügen, macht er neue; gegen den Reformismus, der auf friedlichem, demokratischem und gesetzlichem Wege das Gleichgewicht zwischen den Klassen stört, wird der Kapitalismus blutgierig und greift zum faschistischen Banditentum.» (Silone, *Der Faschismus*.) Daß der *heutige Reformismus* in Italien – Richtung Saragat – wie sein Vorgänger in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg dessenungeachtet sehr staats- und gesellschaftserhaltend wirkt, ist eine Sache für sich und gehört in das tragische Kapitel des verbürgerlichten Sozialismus. Der Reformismus ist zwar für den Kapitalismus sozialistisch genug, um ihn zu bösartigster Reaktion zu reizen, aber doch nicht sozialistisch genug, um den Kampf gegen die bürgerliche Klassenherrschaft *radikal* führen zu können.

³ In einem neuen Buch Professor *Coles*, des hervorragenden englischen Sozialisten («Führer für den intelligenten Mann durch die Nachkriegswelt»), findet sich

Vollends die Sache des *Friedens* ist bei der bürgerlich-kapitalistischen Welt so schlecht wie nur möglich aufgehoben. In ihrem Schoße wirken vielmehr gerade diejenigen Kräfte, von denen, wenn überhaupt, die Entfesselung eines neuen Krieges zu befürchten ist. Andererseits gilt auch hier: Was man immer gegen das innere Regime der Sowjetunion vorbringen mag – zum Kriege drängt es nicht, weder grundsätzlich noch tatsächlich, das heißt, in der gegenwärtigen Weltlage. Das anerkannte unlängst (nach einer Reutermeldung vom 18. September) auch der Hauptexperte für sowjetrussische Angelegenheiten im amerikanischen Handelsministerium, Ernest E. Ropes, indem er erklärte, die russische Industrieproduktion sei nicht groß genug, um der Sowjetunion zu erlauben, einen Krieg gegen die Vereinigten Staaten zu führen, und dies mindestens für die nächsten fünfundzwanzig Jahre. Die Vereinigten Staaten brauchten daher keine Angst vor Rußland als Kriegsgegner zu haben. Ja sogar Victor Krawtschenko schrieb letzthin in der Zeitschrift «Europe-Amérique» (Brüssel): «Sowjetrußland kann gegenwärtig keinen Krieg aushalten; auch wenn es wollte, so wäre ihm das tatsächlich unmöglich . . . Es besteht nicht eine Chance auf hundert, daß die Sowjetunion militärisch zuerst angreifen könnte.» Das heiße freilich nicht, fährt Krawtschenko fort, daß Rußland friedliche Absichten habe; es werde weiterhin seine «fünften Kolonnen» einsetzen, um die Demokratien von innen her auszuhöhlen, Unruhen anzuzetteln, Staatsstriche auszuführen und sich so doch zum Herren Europas zu machen. Eine «Beweisführung», mit der man natürlich jede Behauptung stützen kann!

Zweiteilung der Welt? Nein, die wirkliche Gefahr des Kommunismus liegt nach meiner Überzeugung an einem andern Ort. Sie besteht darin, daß er die Tendenz des reaktionären Kapitalismus, die einzelnen Völker und die ganze Welt in zwei klassenmäßig getrennte, sich unversöhnlich feindselig gegenüberstehende Lager zu spalten, begünstigt und uns nur noch die Wahl zwischen kapitalistischer Reaktion und gewalttätiger Revolution, zwischen Faschismus und Kommunismus zu lassen droht. Das gehört in der Tat zum Zentrum der bolschewistischen Theorie, die sich die Abdankung des Kapitalismus nur auf dem Hintergrund eines weltweiten blutigen Klassenkampfes vorstellen kann und gegenwärtig die letzte Zuspitzung dieses Kampfes von der nächsten wirtschaftlichen Welt-

eine beherzigenswerte Stelle, auf die ich aufmerksam gemacht werde: «Man muß annehmen, daß die Diktatur in irgendeiner Form in der Sowjetunion andauern wird, solange die Drohung eines neuen Weltkrieges besteht. Es ist sogar wenig wahrscheinlich, daß diese Diktatur verschwinden wird, solange die Vereinigten Staaten Vorkämpfer des räuberischen Kapitalismus bleiben. Erst wenn die Vereinigten Staaten ein stabileres, gerechteres Sozialsystem bekommen, wird die Sowjetunion, wie ich glaube, ein freieres, weniger auf Furcht begründetes Regime erhalten.»

krise erwartet. Nun muß man sich auf eine solche Krise ganz gewiß gefaßt machen, und auch das ist zuzugeben, daß die kommunistische Katastrophenlehre in den schweren Erfahrungen der Sowjetunion eine starke Stütze zu finden scheint, nicht nur in den Jugenderlebnissen der Bolschewistischen Partei, deren Gewaltglaube im unerbittlichen Kampf mit dem zaristischen Absolutismus entstanden ist und sich gehärtet hat, sondern noch mehr in dem dreißigjährigen Abwehrkampf der Roten Republik gegen den westlichen Kapitalismus und Imperialismus, diesem Kampf, der noch immer kein Ende gefunden hat, vielmehr erst jetzt seinem Höhepunkt zustrebt.

Und doch ist diese ganze Lehre und die Denkweise, die dahinter steht, falsch und verderblich. Die politische und soziale Reaktion *muß* nicht zu Faschismus oder sonst zu gewalttätigem Angriff auf die sozialistische Bewegung und auf sozialistische Verwirklichungen führen, und der Kampf gegen die gesellschaftliche Reaktion muß sogar dort, wo diese Reaktion gewalttätig auftritt, nicht wieder mit Gewalttat und Diktatur geführt werden; er hat vielmehr die größten Aussichten dort, wo er mit den reineren Mitteln ausgetragen wird, die dem Geiste des Sozialismus selber entsprechen. Sowenig man aus der Gewaltlosigkeit ein Dogma machen darf, sowenig soll man das in bezug auf die *Gewaltanwendung* tun, indem man aus gewissen geschichtlich bedingten Erfahrungen ein allgemeines Gesetz ableitet. Die Kommunisten haben mit ihrem Gewaltdogma nur allzuoft der Reaktion geradezu in die Hände gearbeitet – das bekannte Spiel von (falscher) Revolution und Gegenrevolution –, so wie umgekehrt die Reaktion immer die Geschäfte des Kommunismus aufs beste besorgt hat, und je länger derart die beiden extremen Kräfte gegen- und aufeinander wirken, desto sicherer entwickelt sich daraus ein eigentliches Verhängnis, bei dem es dann schließlich wirklich nur noch Gewaltlösungen gibt, sofern Gewalt überhaupt etwas zu lösen vermag und nicht eher alles noch weiter verwickelt.

Man wird diese Betrachtungsweise auch auf die Beurteilung der neubegründeten *Kommunistischen Internationale* anwenden müssen, die in Form einer in Belgrad niedergelassenen Zentralstelle für «Austausch von Erfahrungen und Koordinierung der Tätigkeit der kommunistischen Parteien» zu Ende September unvermutet wiedererstanden ist. Denn die Gründung der «Kominform» ist ja zweifellos viel mehr als das offene Eingeständnis, daß die 1943 aufgelöste «Komintern» tatsächlich doch weiterbestanden und weitergearbeitet hat. Man muß doch gegenüber einer solchen allzu formalistischen Deutung sofort fragen, warum denn Moskau die Neugründung gerade im *jetzigen* Zeitpunkt für nötig gehalten hat. Und dann wird man, ohne ins Konstruieren zu verfallen, die «Kominform» wohl doch in Zusammenhang mit der schroffen Abwendung vom Westen bringen, welche die Sowjetpolitik durch ihre Weigerung, mit Amerika an der Wieder-

aufrichtung Europas zusammenzuarbeiten, vorgenommen hat. Die Schaffung der «Kominform» stellt in der Tat den förmlichen Beginn einer neuen Etappe in den Beziehungen der Sowjetunion zur westlichen Welt dar, einer Etappe, in der wieder einmal, wie schon wiederholt seit 1919, Nichtzusammenarbeit mit den bürgerlich- und sozialistisch-demokratischen Kräften, Rückzug des Kommunismus auf sich selber, Schwächung der kapitalistischen Staaten von innen her und verschärfter Kampf gegen die Sozialdemokratie die Parole ist. Abwarten, die innere Front ausbauen, in den westeuropäischen Ländern, vor allem in Frankreich und Italien, von den gewonnenen Machtstellungen aus (Parlament, Gewerkschaften usw.) die Befestigung und Ausdehnung der Antisowjetfront verhindern, wo es geht die Verschmelzung der Sozialdemokratie mit der Kommunistischen Partei erzwingen, auf jeden Fall aber für die revolutionäre Abwehr gegen revolutionärer Bewegungen (de Gaulle!) bereit sein – darauf scheint jetzt die kommunistische Strategie auszugehen. Der Erfolg wird natürlich zunächst nur sein – und das Echo, das die Schaffung der «Kominform» gefunden hat, weist bereits deutlich genug darauf hin –, die reaktionären, gegenrevolutionären Mächte erst recht zu stärken und die Sozialdemokratie noch weiter als bisher nach rechts zu drängen, also die gesamtsozialistische Bewegung zu schwächen und insbesondere im Schoße der Vereinten Nationen die «amerikanische Richtung» scheinbar zu rechtfertigen. Allein das dürfte man in Moskau alles ziemlich gelassen hinnehmen. Man wird sagen, die Erwartung einer Schwenkung Amerikas, einer Verselbständigung der britischen Außenpolitik und einer Radikalisierung der Sozialdemokratie sei nach allen Erfahrungen ja doch trügerisch, während die Erwartung eines Zusammenbruchs der kapitalistischen Weltwirtschaft und damit der anti-sowjetischen Weltfront festen Boden unter sich habe. Folglich könne man nicht mehr viel verderben, aber manches gewinnen und vor allem die eigene, revolutionäre Stoßkraft bewahren, wenn man den Versuch einer Durchdringung der westlichen Welt vorerst einmal wieder aufgebe und sich vor allem dem Ausbau des sowjetischen Staats- und Wirtschaftsraumes widme.

Der Gegensatz im Sozialismus Für den *freiheitlichen* Sozialismus ergibt sich aus dieser ganzen Lage eine doppelte Aufgabe: den Monopolanspruch der Kommunisten auf die Führung der antikapitalistischen und sozialistischen Kräfte energisch abzulehnen und gleichzeitig alle Möglichkeiten einer friedlichen, auf Überzeugung und Erziehung der Opfer des heutigen Weltzustandes begründeten radikalen Umwälzung der herrschenden Besitzordnung aufs gewissenhafteste auszunützen. Damit ist nicht gesagt, daß der freiheitliche Sozialismus die Brücken zu der kommuni-

stischen Bewegung einfach abbrechen oder sich gar in die antikomunistische Front eingliedern lassen solle. Der Sozialismus *darf* sich nicht nach rechts drängen lassen; er *darf* sich nicht aus Verärgerung oder aus Rivalitätsgründen zum Verbündeten des Bürgertums und zur Stütze der bestehenden «Ordnung» machen lassen und zur vermeintlichen Rettung der bürgerlichen Demokratie den Kampf um die Erreichung seines ersten und höchsten Zieles, die Begründung gesellschaftlicher Gerechtigkeit und Freiheit, zurückstellen oder abschwächen. Was Professor Cole in dem bereits angeführten Buch vorwiegend im Hinblick auf die Lage des Sozialismus in Frankreich sagt, das gilt grundsätzlich für die Strategie der sozialistischen und Arbeiterbewegung in Mittel- und Westeuropa überhaupt:

«Diese Ansicht (daß eine Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialisten unmöglich sei) würde vor allem in Frankreich zu einer katastrophalen Spaltung der Arbeiterbewegung selbst führen. Die Sozialistische Partei würde zu einer Allianz gegen die Kommunisten mit den reaktionären Kräften im eigenen Lande gezwungen, und die Sozialdemokratie würde wahrscheinlich als wirksamer politischer Faktor verschwinden...

Wenn Kommunisten und Sozialisten in Frankreich nicht zusammenarbeiten können, besteht keine Hoffnung auf einen sozialistischen Ausweg aus der politischen Sackgasse, die seit der Befreiung entstanden ist. Außerdem besteht die ernste Gefahr eines reaktionären Staatsstreiches, der allen Wiederaufbau vereiteln, wenn nicht zu einem katastrophalen Bürgerkrieg führen würde... Wenn die britische Labourpartei eine sozialistische Lösung des westeuropäischen Problems wünscht, so muß sie ihre internationale Politik in einer Art gestalten, die für die französischen Kommunisten ebenso wie für die französischen Sozialisten annehmbar ist. Wenn die britische Labourpartei eine nichtsozialistische Lösung der westeuropäischen Fragen will, dann braucht sie die europäischen Sozialisten nur zu bitten, sich mit den Volksparteien (die hauptsächlich aus Katholiken bestehen) gegen die Kommunisten zu verbünden. Es gibt, wie ich weiß, Sozialisten, die den Kommunismus so wahnsinnig hassen, daß sie die letztere Lösung vorziehen. Sie wäre dem amerikanischen Außenministerium sehr angenehm, da sie Westeuropa für den Kapitalismus retten und zum Bollwerk gegen den Kommunismus machen würde. Das ist aber eine Lösung, die ich für katastrophal halte. Ich bin überzeugt, daß sie die sozialistischen Parteien Europas ruinieren und die Mehrheit der westeuropäischen Arbeiter in die Arme des Kommunismus treiben würde – gegen ihren Willen. Und ich bin ebenso überzeugt, daß eine solche Lösung die britische Labourpartei zugrunde richten würde, in noch schlimmerem Grade, als dies die Politik Ramsay MacDonalds im Jahre 1931 tat. Ich sage das, obwohl ich kein Kommunist bin, und glaube, daß der Kommunismus kein befriedigendes Mittel ist, um die sozialen Konflikte Westeuropas zu lösen.»

Aber setzt sich der freiheitliche Sozialismus nicht der Gefahr der Zersetzung und Ansteckung aus, wenn er in Kampfgemeinschaft mit dem Kommunismus tritt? Nur eigene Unsicherheit könnte so fragen. Gefahr für den freiheitlichen Sozialismus entsteht immer nur dann, wenn er sich nicht mit genügender Klarheit vom *autoritären* Sozialismus abgrenzt und wenn er anderseits sein sozialistisches Ziel nicht mit der genügenden Entschlossenheit gegenüber der *kapitalistischen* Welt verfolgt, vielmehr selber verbürgerlicht. Beiden Versuchungen ist der demokratische Sozialismus immer wieder ausgesetzt, im Westen

vor allem (wenn auch keineswegs ausschließlich) der zweiten Versuchung, derjenigen von rechts, sonst hätte der Kommunismus hier nicht diejenige Ausbreitung gewinnen können, die er tatsächlich besitzt. Nur wenn der freiheitliche Sozialismus die Führung der gesellschaftlichen Umwälzung selber in die Hand nimmt und so das Vertrauen des Volkes gewinnt, braucht ihm vor der kommunistischen Konkurrenz nicht angst zu sein, und nur dann kann er mit Fug und Recht den Monopolanspruch der Kommunisten auf die Vertretung des Sozialismus bestreiten.

Das muß gerade jetzt wieder gesagt werden, wo von sozialdemokratischer Seite entrüstete Proteste gegen jene Stelle im neuen «Kommunistischen Manifest» laut werden, die von der «verräterischen Politik der rechtsstehenden Sozialisten» und ihrer Rolle als «getreue Helfershelfer der Imperialisten» spricht. Diese Entrüstung würde sehr viel überzeugender wirken, wenn es nicht *tatsächlich* weit rechts stehende Sozialisten gäbe, Leute wie Bevin, Ramadier, Schumacher, Saragat, die zwar sicherlich keine Verräter sind, weil man nicht einen Glauben verraten kann, den man gar nie gehabt hat, die aber so stark in einem bürgerlich-demokratischen Sozialreformismus befangen sind, daß sie unwillkürlich gegen die Seite der «Ordnungsparteien» hin abgleiten, und die auf jeden Fall so heftig mit der Abwehr der Revolution¹ und des Kommunismus beschäftigt sind, daß sie darob fast gar keine Zeit mehr für die Erfüllung derjenigen Aufgabe finden, die einem Sozialisten eigentlich am nächsten liegen sollte.

Der freiheitliche Sozialismus wird sich immer gegenwärtig halten müssen, daß man den Kommunismus nur «erledigen» kann, indem man den *Kapitalismus* erledigt, nicht indem man den Kommunismus einfach konservativ, vom Boden der bürgerlichen Demokratie aus, bekämpft, so hoch man auch deren Vorzüge gegenüber dem Leben unter dem Kommunismus einschätzen mag. Nur wenn der freiheitliche Sozialismus den Kampf gegen den Kommunismus vom Boden einer radikalsozialistischen Demokratie aus führt und den Kommunismus so im besten Sinne überbietet und unnötig macht, wird er siegreich bleiben. Bringt er das nicht fertig, dann wird er eben die Führung der sozialen Umwälzung, die nun einmal auf der Tagesordnung der Geschichte steht, vorläufig an den Kommunismus übergehen sehen – und es wird ihm damit nur Gerechtigkeit widerfahren.

Westeuropa Ich habe vorhin gesagt, daß die Welt mehr und mehr vor die Wahl gestellt zu werden scheine, sich entweder für einen konservativ-reaktionären Kapitalismus oder aber für den pseudorevolutionären Kommunismus zu entscheiden. Wie er-

¹ Man erinnert sich an das Wort Fritz Eberts: «Ich hasse die Revolution wie die Sünde!»

schreckend nah diese Gefahr schon vor uns steht, lehrt gerade auch ein Blick auf die Geschehnisse während der Berichtszeit. Beginnen wir mit Westeuropa, wo der natürliche Zug entschieden nach links, in der Richtung auf Planwirtschaft und Sozialismus zu, geht. Der zweite Weltkrieg hat hier den Kapitalismus so schwer erschüttert und die großbürgerliche Oberschicht derart diskreditiert, daß sich die alte Ordnung ohne Stützung durch die Vereinigten Staaten kaum mehr zu halten vermöchte. Das kapitalistische Amerika geht denn auch sehr zielklar darauf aus, *gegen den erklärten Willen der Volksmehrheiten* die Entwicklung zum Sozialismus in Frankreich, Italien, Spanien und womöglich auch in Belgien, Holland und England zu verhindern oder doch zu verlangsamen, und es arbeitet zu diesem Zweck ordentlich dreist mit den rückschrittlichen Parteien all dieser Länder zusammen, deren Wirtschaftsnot und Hilfsbedürftigkeit ebenso bedenkenlos wie erfolgreich ausnützend. Ein Musterbeispiel für das Wirken der kapitalistischen «Demokratie»!

In *Frankreich*, dessen Bürgertum moralisch nun einfach abgewirtschaftet hat und das auch objektiv reif zum Sozialismus wäre, ist so die Rechte aufs neue deutlich im Vormarsch. Sie scharft die bürgerlichen Ordnungskräfte, die den Umsturz fürchten und die Kommunisten als «Partei des Auslands» denunzieren, in wachsendem Maße um sich, und es mag wohl sein, daß die Bewegung der «Französischen Volkssammlung», mit de Gaulle als zügigstem Paraderöß, bei den bevorstehenden Gemeindewahlen sensationelle Erfolge erringt. Das müßte freilich den Kommunisten, die ihrerseits de Gaulle als an Amerika verkauft anprangern, nicht unbedingt unerwünscht sein; von einem vorläufigen Ausschwingen des Pendels nach ganz rechts könnten sie sich nicht ohne Grund einen späteren nur um so stärkeren Rückschlag nach ganz links versprechen, zumal auch die im Winter zweifellos weiter anwachsende Not in dieser Richtung wirken dürfte. Also eine erneute Verstärkung des Prozesses der politischen Polarisierung, der besonders für die römisch- und griechisch-katholischen Länder so bezeichnend ist und der eine allmähliche Aufreibung der Parteien der Mitte in Aussicht stellt, namentlich auch der Sozialisten, die sich weder als «neutrale» Schiedsrichter zwischen links und rechts noch gar als Teilhaber einer antikommunistischen Koalition der «patriotischen» Parteien lange würden halten können.

In *Italien* sind die Kommunisten, unter Ausbeutung der Volksnot, aber auch dank dem geschickten Wiederaufbauprogramm, das sie vertreten, im Juli 1946 zur stärksten Landespartei aufgestiegen, mit einem vollen Drittel der Wählerstimmen hinter sich. Zusammen mit dem Einfluß der ebenfalls kräftig emporgewachsenen Sozialistischen Partei hätte das eine tragfähige Grundlage für eine sozialistische Umgestaltung von Staat und Wirtschaft abgegeben, wäre nicht der «gemäßigte», stur antikommunistische Flügel der Sozialisten nach rechts

abgeschwenkt, und hätte nicht wiederum die schon 1942/43 (Episode Badoglio) deutlich sichtbar gewordene amerikanische Aktion scharf eingesetzt, um jeden möglichen Linkskurs zu durchkreuzen. Die Ausstoßung der Kommunisten und Linksozialisten aus dem Kabinett war das unmittelbare Ergebnis der Zusammenarbeit des klerikalen Regierungschefs de Gasperi mit dem amerikanischen Botschafter Dunn und seiner Aufwartung in Washington selbst, wo man sich großmütig bereit zeigte, dem neuen Bundesgenossen Finanz- und Warenhilfe zu gewähren. Amerika hat auch neuerdings wieder Verständnis für die Lage Italiens bewiesen, indem es auf die ihm reparationenhalber zustehenden italienischen Kriegsschiffe verzichtete, weitere Kredite versprach und diplomatische Unterstützung Italiens im Kampf um seine Kolonien sowie um die allgemeine Revision des Friedensvertrages in Aussicht stellte . . . in der Meinung freilich, daß diese Gunstbezeugungen nur einer zuverlässig konservativen Regierung zuteil werden könnten. Die politische Wirkung solcher kleiner Geschenke, die immer die Freundschaft aufrechterhalten, ist denn auch nicht ausgeblieben, und so hat jetzt Italien mindestens bis zu den Frühjahrs- wahlen eine Regierung, hinter der zwar nicht die Kräfte stehen, welche die italienische Republik geschaffen haben, und die auch gewiß nicht dem Willen der Volksmehrheit entspricht – trotz dem knappen Sieg, den de Gasperi, nicht zuletzt dank den Rechtssozialisten, anfangs Oktober in der Kammer erfochten hat –, mit der aber um so sicherer diejenigen Kreise zufrieden sind, die von Neuyork und Washington aus die Welt regieren.

Auf jeden Fall ist die Trennung Italiens in zwei extreme Lager durch die Politik der Achse Rom–Washington (die vom Vatikan gut geölt wird) verhängnisvoll gefördert worden, und die Kommunisten werden, falls die nächsten Wahlen sie je in die Regierung zurückführen sollten, kaum zögern, ihrerseits die klerikalkonservative Rechte auszuschließen, sofern nicht der Widerstreit der feindlichen Kräfte, verschärft durch ausländische Einflüsse von beiden Seiten, geradezu in Bürgerkrieg ausartet. Italien liegt eben allzu exponiert im Kraftfeld der internationalen Machtpolitik: hier die Vereinigten Staaten, für die Italien ein Damm gegen ein russisches Vordringen ins Mittelmeer ist, dort die Sowjetunion, die in ihm eine Flankendeckung für den mehr und mehr in ihre Einflußzone einbezogenen Balkan sehen. Wo aber bleiben die italienische Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht der Völker?

Über *Spanien* und seine Rolle im Kampf zwischen westlichem Imperialismus und östlichen Kommunismus sei hier nur das eine gesagt: Daß sich Francos blutige Diktatur ohne die mindestens passive Unterstützung, deren sie sich von seiten Amerikas, Englands und neuerdings auch Frankreichs erfreut, auch nur einen Monat halten könnte, erscheint völlig ausgeschlossen. Und je mehr sich der Gegen-

satz der Westmächte zur Sowjetunion zuspitzt, desto mehr wird auch der innenpolitische Kampf in Spanien ein solcher zwischen der «amerikanischen» und der «russischen» Partei werden, und desto sicherer rückt Franco in den Rang eines stillen Verbündeten der westlichen Demokratien ein. Bezeichnend genug schreibt der spanische Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung»:

«Es liegt in der Natur seiner totalitären Regierungsform, daß für Spanien eine neutrale Haltung in dem sich immer schärfer abzeichnenden ideellen Konflikt zwischen Ost und West nicht möglich ist. Für welche Partei es Stellung zu nehmen hat, darüber kann kein Zweifel bestehen. Politisch wohl ebensosehr wie ideologisch gilt ihm das kommunistische *Rußland* als *Erbfeind*, und jede Macht, die der Sowjetunion in irgendwelcher Weise entgegentritt, wird von Spanien als Verbündeter betrachtet ... Die spanischen Kommentatoren lassen kaum eine Gelegenheit unbenutzt, um daran zu erinnern, daß die Bekämpfung des Kommunismus und seiner Auswirkungen, zu der sich die Westmächte immer mehr genötigt sehen, von jeher erstes Anliegen der Regierung Franco gewesen ist ... Bereits wird festgestellt, daß die noch vor einem Jahr in *England* und *Frankreich* so aktuelle 'spanische Frage' heute fast gänzlich von der Bildfläche verschwunden ist und ihren Platz der Diskussion über die Staatsform der Länder Osteuropas geräumt hat.»

Deutlicher könnte man es nicht aussprechen, daß bei dem ganzen Kampf der kapitalistischen Demokratien gegen die kommunistischen Diktaturen das Schwergewicht nicht auf dem Gegensatz Demokratie-Diktatur liegt, sondern auf dem andern: Kapitalismus-Kommunismus. Sonst könnte es niemals «in der Natur» eines totalitären Regimes liegen, daß es seine gegebenen Verbündeten in den Regierungen von Staaten sieht, deren Verfassung eigentlich nicht gerade auf totalitären Grundsätzen aufgebaut ist¹.

Der Balkan Diesem Sachverhalt entspricht auch durchaus die Haltung, welche die kapitalistischen Demokratien – und in bezug auf die Außenpolitik muß man leider auch Großbritannien dazu rechnen – den Balkanangelegenheiten gegenüber einnehmen. Nachdem der Lärm um *Ungarn* wieder etwas nachgelassen hat und die alte Regierungskoalition sich, unter Verstärkung des kommunistischen Einflusses, ohne weitere westliche Protestnoten hat neubilden können, ist es in den vergangenen Wochen vor allem *Bulgarien* und der *Fall Petkoff* gewesen, was im Westen die Gemüter erregt hat. Ich zweifle nicht daran, daß die Hinrichtung des bulgarischen Bauern-

¹ Henry Wallace klagt in einer Rede die führenden Männer der Vereinigten Staaten – oh Jefferson, oh Lincoln! – geradezu der Furcht vor der Demokratie an. Es sei unwahr, daß sich die amerikanische Regierung um die Beseitigung der bürgerlichen Freiheiten in der Sowjetunion und in den ihr benachbarten Ländern so große Sorgen mache, sonst würde sie nicht Perón in Argentinien unterstützen, andere latein-amerikanische Diktatoren bewaffnen oder erlauben, daß die Indonesier mit amerikanischen Waffen niedergeschlagen würden. Das amerikanische Interesse an Griechenland und am Mittleren Osten sei das Interesse am Erdöl, nicht an Grundsätzen.

führers ein reiner Terrorakt gewesen ist, der auch in einem Lande, wo Staatsstreich und «Liquidierung» der Opposition zu den normalen Mitteln des politischen Kampfes gehören, unentschuldig bleibt. Aber angesichts des Protestrummels (man kann sich nicht anders ausdrücken, wenn man die Dinge beim Namen nennen will), der um den Fall Petkoff herum inszeniert worden ist, frage ich mich doch, wo denn all die entrüsteten «Protestanten» bleiben, wenn es sich darum handelt, etwa gegen die zur Massenerscheinung gewordenen Justizmorde und Terrorakte der Machthaber von Spanien und Griechenland Noten zu redigieren und Resolutionen zu fassen. Der griechische Journalist Th. Doganis gibt nur einem richtigen Empfinden Ausdruck, wenn er in einem Brief an den Londoner «Economist» schreibt:

«Ich finde es eigentümlich, daß über die Hinrichtung Petkoffs weithin solche Entrüstung geäußert wird, während über die Hinrichtung von annähernd 500 Widerstandskämpfern, die seit dem Juli letzten Jahres in Griechenland erfolgt ist, fast vollständiges Stillschweigen bewahrt wird. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Unterschied eben darin liegt, daß die Regierung von Griechenland von britischen Truppen gestützt wird, während die Hinrichtung Petkoffs von einer Linksregierung vollzogen wurde. Gegenwärtig steht der Generalsekretär der EAM, Partsalides, in Korinth in einem Prozeß, bei dem es um sein Leben geht. Dürfen wir hoffen, daß die britische Regierung und die britische Presse für diesen großen Widerstandskämpfer zum mindesten das gleiche Interesse zeigen wie für Petkoff?»

Abscheulich ist namentlich auch, daß die griechischen Faschisten in Serien *Frauen* hinrichten, die kein anderes Verbrechen begangen haben, als die Widerstandsbewegung zu begünstigen, oft nur durch ihre moralische Haltung. Eine mir vorliegende Liste, die sich fast nur auf Frauen bezieht, die in den letzten paar Monaten justizgemordet wurden, umfaßt folgende Namen: Irene Guini, hingerichtet in Saloniki; Athena Kalpaki (in Xanti); Cula Eleftheriadi (in Saloniki); Evangelia Kusantza (in Lamia); Cula Mitropulos (in Saloniki); Helena Dacos (in Kilkis); Sophia Vamvacaki (in Kilkis); Maria Vasiliades (in Saloniki); Helena Deliyannis (in Kastoria); Maria Yamikhu (in Kastoria). Bis Ende September sind weitere sechs griechische Frauen, deren Namen ich nicht kenne, hingerichtet worden. Wo bleibt da der Weltprotest? Wo bleibt das Gefühl für Menschlichkeit, das sich im englischen Volk so mächtig geregt hat, als während des ersten Weltkrieges die Krankenschwester Edith Cavell von den Deutschen erschossen wurde, weil sie belgischen Partisanen Unterschlupf gewährt hatte?

Ein gerechtes Urteil wird auf keinen Fall übersehen dürfen, daß der kommunistische Terror in Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn nur die Antwort auf den vom Ausland her ermutigten *reaktionären* Terror ist, der in den Balkan- und Donauländern geübt oder vorbereitet wurde. Überall in diesen Ländern – und Ähnliches gilt auch für Polen – hatte bei Kriegsende die demokratische Linke, ein-

geschlossen die sozialistischen Parteien, sachlich den besten Boden. Wie Konstantin Pulos in der Newyorker «New Republic» schreibt:

«Die Zusammenarbeit der Sozialisten mit den Kommunisten – in Ländern, die von der Roten Armee besetzt waren! – beruhte auf gut sozialistischen Erwägungen (Durchführung längst fälliger sozialer Reformen) und hatte unabhängig demokratische Ziele. Aber die Sozialisten, Liberalen und Fortschrittler von Südosteuropa bekamen niemals eine Chance... Sie argumentierten richtig, daß eine beförderliche Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht nur die Bauernerhebungen festigen und die ersten Schritte zu einer Planwirtschaft hin sichern, sondern auch einen Bürgerkrieg verhindern würde, der nur mit einer bürokratisch-totalitären Herrschaft der Kommunisten oder mit einer Gegenrevolution enden könne.

Die Angloamerikaner begriffen davon nie etwas. Sie versteiften sich vielmehr darauf, nur mit den enteigneten Herrenklassen, den Grundbesitzern, den Monopolisten, der katholischen Kirche und dem Adel zusammenzuarbeiten. Im Falle der Mikolajczyk, der Petkoff und der Nagy, die von Moskau unabhängig sein wollten, stellten die Angloamerikaner sie durch dilettantische, sinnlose Einmischung bloß. Und als diese redlichen Männer enger in die angloamerikanische Umarmung hineingezogen wurden, da lernten sie, sich einzig auf ihre westlichen Helfer zu verlassen. Die Grundlage ihrer Opposition gegen die Kommunisten wurde die angloamerikanische Unterstützung, und bald führten sie ihren Kampf nur auf dieser Ebene, statt auf dem Boden greifbarer, fortschrittlicher Vorschläge und Programme, welche die von kommunistischer Bürokratie und Brutalität übersättigten Arbeiter und Bauern hätten aufrütteln können. Und mehr und mehr revidierten sie auch, wie nur natürlich, manche ihrer fortschrittlichen Ideen, um sie besser den angloamerikanischen Auffassungen von sozialer und wirtschaftlicher Reform anzupassen. So fiel es den Kommunisten nicht schwer, den Westen übertreibend mit Kapitalismus, Reaktion und Gegenrevolution gleichzusetzen.»

Die Hoffnung auf eine demokratisch-soziale Entwicklung in Südosteuropa aber – so schließt Pulos seinen Bericht – wurde auf diese Weise gründlich zerstört und der Durchschnittsbürger vor die Wahl gestellt, sich entweder für die Sowjetunion oder für die Angloamerikaner zu erklären. Kommunismus oder Reaktion – das ist in der Tat auch hier die Frage.

Ostasien Der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Kommunismus, zwischen Amerika und Rußland, droht sich besonders gefährlich und in besonders großem Maßstab in Ostasien zuzuspitzen. Japan ist heute kaum etwas anderes als ein amerikanisches Untertanenland, eine Hauptbasis für den Fall eines Kriegs mit der Sowjetunion, und E. Hoberecht, ein Korrespondent der «United Press», stellte denn auch lezthin unumwunden fest:

«Japan kann als ein Alliiertes der Vereinigten Staaten betrachtet werden, sollte in naher Zukunft ein Krieg ausbrechen, und viele Japaner sind so amerikafreundlich eingestellt, daß sie hoffen, Japan werde zum 50. amerikanischen Staat ernannt werden.»

Die Vereinigten Staaten suchen darum, genau wie im Falle Deutschland, die Wirtschaftsmaschinerie des japanischen Exfeindes so rasch

und umfassend wiederherzustellen, daß sie nicht nur in die kapitalistische Friedenswirtschaft, sondern gegebenenfalls auch in die Kriegswirtschaft Amerikas eingeordnet werden könnte. Daß die Sowjetunion diesem Plan Widerstand leistet, ist selbstverständlich; an der kommenden Washingtoner Konferenz über Japan wird der Interessenkonflikt in bezug auf Ostasien zwischen den beiden großen Weltmächten ebenso unverhüllt zutage treten, wie das an der für Ende November in Aussicht genommenen Außenministerkonferenz für die deutsche Frage der Fall sein wird.

Rußlands Reaktion auf den Fernost-Imperialismus der Vereinigten Staaten wird vermutlich eine doppelte sein: Es wird sich, wie schon gegenüber dem Marshallplan, noch mehr auf sich selber und den Ausbau seines Reiches zurückziehen, und es wird in verstärktem Maße ebenfalls Stützpunkte und Bundesgenossen zu gewinnen trachten. Als natürlicher Verbündeter gegenüber Amerika-Japan wird für es vor allem *China* in Betracht fallen. Die Aussichten für eine Annäherung Chinas an Rußland sind denn auch in der letzten Zeit nicht unbeträchtlich gewachsen. Auf der einen Seite erweist sich die Regierung Tschiang Kai-Shek mehr und mehr als unfähig, das wirtschaftliche und politische Chaos im Lande zu bändigen, und die Erfolge der neuen kommunistischen Offensive gegen das mittlere Jangtsetal dürften noch weiter dazu beitragen, daß die von Amerika gestützten reaktionär-feudalen Kräfte den entscheidenden Einfluß auf die Geschicke Chinas verlieren. Andererseits ruft die amerikanische Politik gegenüber Japan mehr und mehr chinesischem Mißtrauen und Widerstand. So nimmt «Takungpas», das führende Blatt Peking, entschieden gegen einen allfälligen Sonderfrieden Stellung, den die angelsächsischen Mächte mit Japan abschließen könnten, und meint, wenn es dennoch so weit komme, so müsse China eben auf die Seite Rußlands treten. Das Blatt fährt fort:

«In den vergangenen Monaten haben die Vereinigten Staaten auf jede Weise geholfen, Japan zu einem neuen Angreifer zu machen... Die Hilfe an Japan, die ohne Rücksicht auf China gewährt wird, dient einem neuen Imperialismus. Dem Angriff eines neuerstandenen Japans wird China und nicht Amerika ausgesetzt sein, das bereits auf der Seite des alten Todfeindes Chinas steht. Die größten Anstrengungen sind deshalb erforderlich, um Washington zu einer Änderung seines Kurses zu bewegen, wobei das Vetorecht nicht preisgegeben werden soll, da nur auf diese Weise das Problem des Friedensvertrages mit Japan befriedigend zu lösen ist.»

Der Ort, wo die amerikanischen und die russischen Interessen in Ostasien unmittelbar aufeinanderstoßen, ist aber *Korea*. Ich kann heute aus Raumangel nicht auf die überaus bemerkenswerte Entwicklung der Dinge in diesem zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion aufgeteilten Land eintreten und will daher nur feststellen, daß die Spaltung zwischen links und rechts, zwischen russisch-kommunistisch orientierter Agrar- und Sozialreform und amerikanisch ge-

lenktem Dreiviertelfaschismus in Korea so scharf ist wie irgendwo sonst auf der Welt, wobei das Maß polizeistaatlicher Tyrannei auf beiden Seiten ungefähr das gleiche ist.

Das Problem Englands Unsere Hoffnung auf die Vermeidung einer unheilvoll weitergehenden Zerreißung der Welt in zwei feindliche Lager knüpft sich in einem nicht geringen Maß an die Fähigkeit *Großbritanniens*, den Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus hindurch zu einem freiheitlichen Sozialismus zu weisen. Ob es diese Fähigkeit entwickeln wird, hängt zunächst einmal von der Kraft und dem Tempo ab, womit es seine eigenen Wirtschaftsschwierigkeiten meistert. Die Ereignisse in der Berichtszeit stimmen in diesem Bezug eher zuversichtlich. Der «*Plan Cripps*» hat endlich die *positiven* Wirtschaftsziele aufgestellt, die Großbritannien im nächsten Jahre wenigstens annäherungsweise erreichen muß, soll es über die akute Phase seiner Nöte hinwegkommen. Ob die Produktion, insbesondere die von Kohle und Eisen, so gesteigert und gleichzeitig die Ausfuhr derart forciert werden kann, wie es der Plan vorsieht, wird sich freilich erst zeigen müssen. Andererseits steht es noch gar nicht fest, ob die andern Voraussetzungen, von denen das Gelingen des Planes abhängt – zweckmäßige Verteilung der Arbeitskräfte, Lenkung des Exportes in die «rechten» Länder, erträgliches Verhältnis der Preise von Ein- und Ausfuhr Gütern usw. – auch wirklich eintreffen werden. Dennoch: ein klarer, anfeuernder Plan ist da, und sein Vater ist mit der Ernennung zum obersten Leiter der Wirtschaftspolitik – das Amt wurde extra für ihn geschaffen – in eine Stellung erhoben worden, die ihm größte Vollmachten für die Durchsetzung des Lenkungswillens der Regierung gibt. Sir Stafford Cripps wird in seiner Tätigkeit von einer Anzahl fachlich glänzend ausgewiesener jüngerer Mitarbeiter unterstützt werden, die bei der jüngsten Kabinettsumbildung an die maßgebenden Posten gestellt worden sind, wobei allerdings auch sehr regierungsfreundliche Stimmen die Besorgnis nicht unterdrücken können, ob nicht die neue Mannschaft der sozialistischen und gewerkschaftlichen Bewegung etwas gar zu fern gerückt sei und Attlee mit ihrer Zusammenstellung nicht eher ein Zugeständnis an bürgerlich-fortschrittliche Kreise habe machen wollen. Ein gutes Zeichen ist auf jeden Fall die Bereitschaft der Bergarbeiter, nötigenfalls unter zeitweiliger Opferung der so hart erkämpften Fünftagewoche etwas länger zu arbeiten, um die Kohlenförderung auf die planmäßige Höhe zu bringen.

Allein Großbritannien kann, wie immer wieder gesagt werden muß, sein Problem eben nur lösen, wenn es ihm gelingt, auf internationalem Boden einen *eigenen, planwirtschaftlich-sozialistisch verwalteten Großraum* zu schaffen, der neben dem amerikanischen und

dem sowjetrussischen Wirtschaftsraum lebens- und entwicklungsfähig ist, ohne deswegen eine Zolleinheit sein zu wollen, die angesichts der widerstreitenden Interessen der verschiedenen Glieder des Empires allerdings eine Unmöglichkeit ist. Hand in Hand damit müßte eine entsprechende Umbildung des britischen Empires selbst und die weitere folgerichtige Abkehr vom Imperialismus gehen, der durch ein System genossenschaftlicher Zusammenarbeit, besonders wirtschaftlicher Art, innerhalb des neuen Staatenbundes zu ersetzen wäre, bei betonter Unabhängigkeit von den beiden andern Großreichen und doch unter freundschaftlichem Austausch materieller und geistiger Güter mit ihnen.

Ein anspruchsvolles Programm – gewiß! Aber wie anders soll die drohende Katastrophe vermieden werden? Prüft man die Ansätze zur Verwirklichung solcher Ideen, so scheinen die Aussichten freilich wenig günstig zu stehen. Es sei – in der gebotenen stichwortartigen Kürze – nur auf zwei Tatsachen hingewiesen. Einmal auf die weitgehende politische *Abhängigkeit*, in die sich Großbritannien gegenüber den *Vereinigten Staaten* begeben hat. Die UNO-Verhandlungen zeigen zur Genüge, wie geschlossen in allen wesentlichen Streitfragen der angelsächsische Block dasteht, nicht nur wenn es gilt, die Russen in den Senkel zu stellen, sondern auch in Angelegenheiten, die durchaus ein selbständiges Auftreten Großbritanniens erlaubten, ja forderten. Das gleiche gilt für die Behandlung der *deutschen Frage*, bei der England von einem Zugeständnis zum andern an Amerika schreitet, so daß der «New Statesman» warnend meint:

«Die Labourregierung kann es sich nicht leisten, auf diesem Weg endlos weiterzugehen. Wenn sie unterwürfig dem politischen und wirtschaftlichen Aufbau in Westdeutschland nach Richtlinien zustimmte, die ausschließlich amerikanischen Bankiers genehm sind, so würde sie das bißchen Ansehen und Einfluß, das sie noch in Europa hat, vollends ganz verwirken, und was das Schlimmste ist: die Trennung zwischen Frankreich und Großbritannien in bezug auf die Fragen des europäischen Wiederaufbaues würde vollständig werden.»

Die andere Tatsache ist die nur aus imperialen Beweggründen zu erklärende unglückliche *Palästina*politik der Labourregierung. Ihr nunmehr verkündeter Entschluß, das Mandat über Palästina an die Vereinten Nationen zurückzugeben und, wie im Falle Indiens, die britischen Truppen aus dem so heiß umkämpften Lande zurückzuziehen, kommt ja einer eigentlichen Bankrotterklärung des Londoner Außenministeriums gleich¹. Er droht Palästina in den offenen Bürgerkrieg

¹ Nach den fürchterlichen Ausbrüchen der Religions- und Klassenleidenschaften, die *Indien* nach seiner politischen Befreiung aufs neue verheert haben, ist jetzt – vielleicht nur vorübergehend – eine gewisse Ruhe eingetreten. Es scheint, daß die unter ungeheuerlichen Opfern erfolgte Umsiedlung der Bevölkerungen im wesentlichen beendet ist; drei Millionen Hindus und Sikhs sollen nach Indien und vier Millionen Mohammedaner nach Pakistan gewandert sein, so daß eigentlich nicht

zu stürzen und das palästinensische Judentum gerade im schwierigsten Augenblick sich selber, und das heißt einem mit überlegenen Streitkräften geführten Angriff der Arabischen Liga zu überlassen, auf jeden Fall bevor noch die Zukunft der doch von England mitgeschaffenen Heimstätte für das jüdische Volk irgendwie gesichert ist. Eine höchst unbritisch anmutende Verantwortungslosigkeit! Und das alles, nur um die Araber nicht weiter herauszufordern, während sich Großbritannien nichts daraus gemacht hat, mindestens seit 1939 – dem Jahr des berühmten Weißbuches – die Juden aufs ärgste herauszufordern und in ihrem Lebensrecht zu bedrohen.

Noch besteht zwar einige Aussicht, daß die Vereinten Nationen unter dem Druck Amerikas und Rußlands – die hier ausnahmsweise einmal einig sind – einen geordneten, friedlichen Übergang vom alten Regime in Palästina zum neuen sichern werden. Aber wird eine genügend große internationale Polizeimacht für eine solche Aufgabe zusammengebracht werden können, wenn die Briten nicht wollen? Solange derjenige Geist, der die britische Außenpolitik immer noch beherrscht, nicht gründlich überwunden ist, wird es jedenfalls keine wirkliche Lösung weder der Palästinafrage noch auch des englischen Problems geben, welches das Problem eines auf eigenen Füßen stehenden demokratisch-sozialistischen Europas überhaupt ist.

Gemeinsamer Untergang?

Heißt das also, daß wir die Hoffnung auf ein neues Europa, das ein Vordringen der Russen bis zum Rhein oder gar zum Atlantik ebenso zu verhindern vermöchte wie einen amerikanischen Präventivkrieg gegen die Sowjetunion, einfach begraben müßten? Mit nichten. Unsere Aussichten sind zwar düster genug, wenn der «kalte Krieg» zwischen dem bürgerlich-kapitalistischen Westen und dem kommunistischen Osten sich nach seinen eigenen Gesetzen weiter entwickelt². Michael Straight sagt es in der «New Republic» mit dürren Worten:

«Amerika, die stärkste Nation der Welt, bietet der Menschheit als maßgebende Ideologie in dieser Weltkrisenzeit den Antikommunismus... Aber in einer Welt, die verzweifelt nach Nahrung und Obdach schreit, ist Antikommunismus als Glaube weniger als nichts. Was würden wir sagen, wenn General Eisenhower einen Marschbefehl an General Gavin erließe: „Die 82. Luftdivision hat sofort auszurücken und die Entwicklungstheorie zu umstellen, anzugreifen und zu vernichten“? Und doch wäre das gerade so realistisch wie Präsident Trumans Anweisung, mit Dollars und Rüstungen den Kommunismus zu umstellen, anzugreifen und zu vernichten.

mehr viel Anlaß zu gegenseitigen Metzeleien bestehen sollte. Es bleibt aber dennoch eine außergewöhnlich schwere Aufgabe der besonnenen Führer auf beiden Seiten, ein erträgliches Verhältnis zwischen den zwei neuen Staaten und ihren Völkern herzustellen.

² Wie stark sich der Gedanke eines Präventivkrieges gegen die Sowjetunion in den höchsten Kreisen der Vereinigten Staaten festgesetzt hat, dafür ist ein bestürzendes Zeugnis das soeben veröffentlichte Buch des früheren amerikanischen Außen-

Im Zermürbungskrieg gegen den Kommunismus wird Amerika schließlich verlieren. Wir werden verlieren, weil unsere Ideologie in den Völkern der Welt keine Wurzeln hat. Aber der Kommunismus wird auch nicht gewinnen. Das Ringen wird, um mit Marx zu reden, „im gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen enden.“

Das ist die Aussicht, die tatsächlich vor uns steht. Sollte aber das Grauen, das sie in allen nicht ganz stumpfen oder fanatisierten Gemütern erwecken muß, nicht ausreichen, um die Verantwortlichen, weil Wissenden und Einfluß Besitzenden, im Innersten aufzurütteln und zu den Entschlüssen zu führen, die jedermann kennt, und die doch, aus Trägheit, Vorurteil oder Leidenschaft, niemand fassen will?

14. Oktober.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Wie wird die Schweiz verteidigt?

Wenn dieses Heft in die Hände der Leser kommt, werden die *Nationalratswahlen* bereits im Gange sein. Ihr Ausgang wird, von Einzelergebnissen abgesehen, kaum Überraschungen bringen; es wird wieder alles beim alten bleiben, und die Schweiz wird ihren bewährten Ruf aufs neue bestätigen, das konservativste Land Europas zu sein, an dem alle Erschütterungen und Umwälzungen unserer Zeit scheinbar spurlos vorbeigehen. Es wird namentlich keine ins Gewicht fallende Verstärkung der *Linken* – höchstens eine Verstärkung des linken Flügels der Linken – in der Bundesversammlung geben; die wirtschaftliche Hochkonjunktur begünstigt verständlicherweise vor allem die *konservativen* Kräfte, die in der Tat Grund haben, eine Ordnung zu verteidigen, die sich für sie so glänzend rentiert.

Und doch ist es ganz selbstverständlich, daß sich auch die Schweiz der neuen politischen und gesellschaftlichen Ordnung wird einfügen

ministers Byrnes, der nichts mehr und nichts weniger vorschlägt, als Rußland ultimativ aufzufordern, einen von den Westmächten auszuarbeitenden Friedensvertrag zu unterschreiben und Ostdeutschland zu räumen – «was es sicherlich nicht tun wird», bemerkt Byrnes sehr richtig. Wenn die Sowjetunion dann ablehne, müsse der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, über das russische Veto hinweg, den andern Mitgliedstaaten befehlen, die Russen mit Gewalt aus Deutschland zu vertreiben, was natürlich den Krieg bedeuten würde. Man stellt also den Russen unannehmable Bedingungen, schafft das Veto, das bisher eine Vergewaltigung der Sowjetunion verhindert hatte, einseitig ab, mobilisiert im Namen des Völkerrechts und der höchsten Menschheitsideale die Streitkräfte der Vereinten Nationen gegen den Störefried – und hat so endlich seinen kleinen Präventivkrieg. Das ist wenigstens der Plan. Und der ihn ausplaudert, war bis vor kurzem noch verantwortlicher Leiter der amerikanischen Außenpolitik, unter dem die Trumandoktrin in Kraft gesetzt wurde! Man weiß jetzt wenigstens unzweideutig, wohin diese Doktrin zielt.